

Zentrumswerben um die Sozialdemokratie.

Kein Fortschritt in den Verhandlungen.

(Trautmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 18. Jan. Die Frage der Regierungsbildung wird heute noch zu keinem Abschluss kommen. Man will bei den, die unentwegt nach links hin streben, abwarten, was die sozialdemokratische Fraktion, die am Mittwoch zusammentritt, beschließen wird. Bis dahin werden von den Interessenten

alle Druckmittel in Bewegung gesetzt.

damit ja die Sozialdemokratie nicht gleich von vornherein alle schönen Kombinationen durch einen Schritt gerichtet, wie sie dies schon so oft getan hat. Von der demokratischen Seite her hält man ihr in Krengen Ton vor, daß sie sich endlich auf ihre Pflichten gegenüber ihren Wählern besinnen müsse. Von der Zentrumseite her nimmt man sich die Sozialdemokratie vor wie eine Mutter das unartige Kind, mit dem sie vor das Bild des verkörbten Vaters tritt, damit es dessen Beispiel nachahmen lerne. In dieser Art wirkt heute das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, die Frage auf, was der verkörbte Reichspräsident Ebert getan hätte, wenn er die gegenwärtige Lage miterlebt hätte. Es wird dann der Sozialdemokraten folgende Antwort erteilt: „Friedrich Ebert hat in entscheidenden Augenblicken stets das Interesse des Volkes über das vergängliche Interesse der Partei gestellt. Wenn seine Partei ihre heutige Haltung nach dem feststehenden Charakterbild Eberts orientiert, dann braucht man an einen befriedigenden Ausgang der Krise noch nicht zu verzweifeln.“ d. h. also, wenn die Sozialdemokraten hübsch brav sind, dann wird mit ihnen regiert werden können. Aber ganz so einfach erweisen sich die „Germania“ die Dinge nicht. Die Sozialdemokraten werden sich, auch wenn man ihnen das Bild Eberts vor die Seele stellt, doch nicht gleich fesseln lassen. Es wird sicherlich

noch allerlei Schwierigkeiten

geben, — immer nach der „Germania“ — „man muß hoffen, daß Besonnenheit und staatspolitische Mäßigkeit bei ihnen vorwalten werden. Nicht daß sofort eine reifliche Einigung zwischen den Sozialdemokraten und den Parteien der Mitte, vor allem der Deutschen Volkspartei, erzielt werde, ist der springende Punkt, worauf es ankommt, ist allein dies, daß die Sozialdemokraten nicht durch eine zu schnelle Normalisierung ihrer Antwort jede Möglichkeit einer Rettung des Gedankens der Koalition der Mitte mit Unterstützung endgültig bezahen.“
Man werden doch die Sozialdemokraten wenigstens einherziehen müssen, wie sie sich verhalten sollen. Nicht gleich so schroff, sondern eine schon vielschichtige Entschlossenheit, damit man zunächst einmal Zeit gewinnt und dann wird auch, so scheint man beim Zentrum zu denken, schon außer Rat kommen. Was die Reichswehr betrifft, da brauchen die Sozialdemokraten wirklich seine Angst mehr zu haben. Es ist, wie die „Germania“ erklärt, „neuerdings eine entscheidende Sendung zum Vorsehen eingetreten“. Man hat verdiente Offiziere außer Dienst gesetzt und ihre Posten besetzt durch andere Personen, deren republikanische Zuverlässigkeit völlig außer Zweifel steht“ usw. usw. Zuletzt kommt dann die „Germania“ auch noch auf

die außenpolitische Frage

zu sprechen. Eine Verstreifung der außenpolitischen Lage sei unerkennbar und angesichts dieser Verschlechterung, die ihren Grund habe in der Frage der beiden restlichen Entlassungsforderungen der Entente, könne niemand annehmen wollen, daß das Zentrum die „grundlosen und irreführenden“ Behauptungen wahrnehme, auch eine Koalition mit rechts „in den zu nehmen“. Nein, das Zentrum will wirklich und wahrhaftig nichts anderes, es will nur mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten.
Man kann allerdings nicht umhin, der „Germania“ schon recht zu sagen, daß sie sich in ihren Bemühungen und ihren Behauptungen ziemlich bitter enttäuscht sehen wird. Die Sozialdemokratie, die den Konfliktkampf mit der Kommunistischen Partei mehr fürchtet als alles andere, wird auch diesmal wegen einer Beteiligung an der Regierung oder wegen der Aussicht, eine Mittelregierung stützen zu können, überlich ihre Altlastenforderungen nicht aufgeben wollen. Und so dürfte dann höchstwahrscheinlich die „Tägliche Rundschau“ recht behalten, wenn sie meint, „die Klärung der Lage nach links ist notwendig, wenn sie auch bestimmter Voraussetzungen nach mit dem Ergebnis endigen wird, daß eine Bildung des Kabinetts mit den sozialdemokratischen Bedingungen an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei und sicher auch der Bayerischen Volkspartei scheitern wird“.

Ein erschwerender Zentrumsbeschluss.

(Trautmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 18. Jan. Zur Regierungsbildung wurde heute folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

In Fortführung der gestrigen Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Mitte empfing Reichsminister Dr. Marx am heutigen Vormittag zunächst den Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei, Grafen Westarp, zu einer eingehenden Aussprache. Im Anschluss hieran erörterte er die politische Lage mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Veit. Eine weiterhin beabsichtigte Besprechung mit der Wirtschaftspartei konnte noch nicht stattfinden, da die beiden Fraktionsvorsitzenden gegenwärtig von Berlin abwesend sind.

Diese amtliche Mitteilung ist dahin zu ergänzen, daß nach der Besprechung mit dem Abgeordneten Veit Dr. Marx noch den Abgeordneten Müller-Franken, den Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zu einer kurzen Besprechung empfing, in der der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende den Reichsminister davon in Kenntnis setzte, daß

der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende heute keinen Beschluss gefasst und die Beschlussfassung der Fraktion vorbehalten hat.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat sich in seiner Aussprache besonders mit der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei beschäftigt. Die Sitzung der sozialistischen Fraktion findet morgen mittag statt.

Am Abend trat dann der

Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums

nach zu einer Sitzung zusammen, der auch Reichsminister Dr. Marx beiwohnte. Nach Schluss dieser Sitzung wurde folgenden Kommunique ausgegeben:

Das Zentrum legt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle angestrebten Ausrichtungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen.

Das will also klar und deutlich heißen, daß das Zentrum, insbesondere der geführende Reichsminister Dr. Marx, sich mit „besonderem Nachdruck“ dafür einsetzt, die Sozialdemokratie zur Unterstützung des geplanten Kabinetts heranzuziehen. Und das ist deshalb bedauerlich, weil es nach dem bisherigen Verhalten dieser Bemühungen dem Zentrum das paktliche Werk fallen muß, den Weg zur einig vernünftigen Lösung der ganzen Krise, nämlich nach rechts, zu betreten. Immerhin scheint man aber auch beim Zentrum sich hinsichtlich des Ausgangs dieser Bemühungen noch so viel Optimismus bewahrt zu haben, daß man in dem heutigen Kommuniqué nichts davon sagt, was dann werden soll, wenn die Marx'schen Versuche gescheitert sind.

Im Reichstag wird nach wie vor die Frage erörtert, was nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Regierung der Mitte geschehen kann.

wobei man, da eine Mehrheitsregierung doch unbedingt gebildet werden muß, nur die Bildung der bürgerlichen Mehrheitsregierung für möglich hält. Dadurch, daß den Sozialdemokraten zunächst einmal die Verantwortung zugeschoben worden ist, die morgen in ihrer Fraktionssitzung voraussichtlich einen einstimmigen Beschluss fassen werden, wird naturgemäß die Lösung noch um einige Zeit hinausgeschoben. Man hält es im Reichstag nach wie vor für das Wahrscheinlichste, daß nach dem Scheitern von Dr. Marx der Zentrumsabgeordnete Stegerwald mit der Bildung einer bürgerlichen Regierung beauftragt werden wird.

Der Reichslandbundes-Präsident für ein Reichskabinettsmitglied Stegerwald.

Dalle, 18. Jan. Auf der heute in Dalle abgehaltenen Tagung des Landbundes Provinz Sachsen führte der Präsident des Reichslandbundes, Dr. v. Stegerwald, zur Regierungskrise u. a. aus, daß die Ausgleichsunterstützung nur durch eine staatsbürgerliche Mehrheitsregierung getrieben werden könne. In diesem Zusammenhang unterrichtete der Redner die Versammlung: „Hände weg von der deutschen Reichswehr“. Zudem erinnerte der Redner an die letzten Ausführungen Stegerwalds und erklärte es für richtig, daß der Schlüssel der Regierungskrise im gewerkschaftlichen Flügel des Zentrums liege.

Die parlamentarische Einführung der neuen sächsischen Regierung.

Die programmatischen Ausführungen, mit denen der Ministerpräsident Veit am gestrigen Dienstag vor den Landtag getreten ist, bieten ein durchaus wohlwollendes und vertrauensweckendes Bild der staatspolitischen Bewusstseinslage, mit der das neue Kabinett an seine Aufgabe herantritt. Man erhält den starken Eindruck, daß ein lebhaftes Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit die Grundlage der Erklärungen bildet, die sich daher auch von allen anationalistischen Heberischenglichkeiten fernhalten, nicht versprechen, was nicht gehalten werden kann, und bei allen in Aussicht gestellten Maßnahmen die Begrenzung der Kräfte der Regierung durch den Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel betonen. Sehr zu begrüßen ist es, daß in erster Linie der feste Wille zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande zum Ausdruck gebracht wird. Dadurch wird gleich von vornherein den Elementen ein wirksamer Dämpfer aufgesetzt, die etwa geneigt sein könnten, die für sie unbefriedigenden Ergebnisse der Landtagswahl durch eine auf Erregung von Unruhen hinzielende Agitation zu forttreiben. Auch die Hervorhebung, daß eine Volksgemeinschaft für eine gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens angetrieben werden müsse, darf als ein Beweis für die alten Klassenkämpferischen Neigungen abholde Gesichtsverfassung der neuen Regierung gelten, die sich in allen wesentlichen Punkten ganz auf den Boden des Programms ihrer Vorgängerin gestellt hat. Das sächsische Volk, soweit es staatsbürgerlich gefasst ist, darf also die Gewissheit haben, daß der neue Kurs in den alten Bahnen weitergehen und sich von allen überflüssigen Maßnahmen fernhalten wird. Insbesondere ist die Gefahr beseitigt, die von einer Linkseingeregung drohte, daß die Wirtschaft, die unbedingte Ruhe, Mühsal und Schweiß braucht, zu neuen sozialistischen Experimenten mißbraucht werden könnte. Die warmen Worte, welche die Erklärung für die Beamten findet, werden ergänzt durch die nicht minder herzliche Anteilnahme an den Nöten, Leiden und Sorgen der Beamten unter den wirtschaftlich Schwachen, denen nun, immer nach Maßgabe der verfügbaren Mittel, geachtet werden muß, daß sie von einer wahrhaft verantwortungsbewussten, der Allgemeinheit dienenden Regierung wirtschaftliche Hilfe und Förderung zu erwarten haben, im Gegensatz zum Radikalismus, der erst unbegrenzte Versprechungen macht und dann, wenn er im Besitz der Macht die Unerklichkeit mit normalen Mitteln erkennt, den ganzen Staat an den Rand des Abgrundes führt. Die Loyalität der neuen Regierung gegenüber der Reichsregierung befindet die Stelle, wo das Verantwortungsgefühl anderer in ihr nicht vertretener Parteien ausdrücklich anerkannt und offen erklärt wird, die Regierung sei sich bewußt, daß sie auf die Unterstützung dieser Kreise in weitem Maße angewiesen sei. Dieraus wird die neue Legislaturperiode im Zeichen des Vertrauens begonnen werden können, daß die Zusagen, die nach rechts hin über eine Erweiterung der Regierung bis zum 1. Juni dieses Jahres und über die Verminderung der Ministerstube von sieben auf fünf gemacht wurden, ohne Umschweife innegehalten werden.

Wer verantwortet die Barmat-Kredite?

Schluss der Dienstag-Sitzung des Barmat-Prozesses.
Berlin, 18. Januar. Das Gericht befahte sich weiter mit der Ermittlung der einzelnen Barmatkredite und sucht festzustellen, wer in jedem einzelnen Falle für die verschiedenen Konten Kredite eingetragen hat.
Vorl. (zu Dr. Hellwig): Sind Ihnen von der Direktion Fortwäre wegen der Erhöhung der Kredite an Barmat gemacht worden? Angell, Dr. Hellwig: Niemand. Die Erhöhung des Kredits ab 19. Januar ist nicht von mir selbständig vorgenommen worden, sondern auf Beschluss der Direktion und des Präsidenten Schröder erfolgt. Die Höhe des Kredits Barmats von 9 bis 15 Millionen war damals ganz genau bekannt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird dann das Abkommen vom 3. September 1924

erörtert, das auf einer Besprechung des Geheimen Verhandlungsrats Ruge mit Julius Barmat beruhte. Danach sollten Barmat zusammen 8,1 Millionen Rentenmark fest bis 15. September 1924 weiter befristet werden. Auch über den 15. September hinaus sollten die Kredite unter bestimmten Bedingungen verlängert werden. Darauf wurde die Verhandlung auf Donnerstag vormittag vertagt. In dieser Verhandlung sollen die Leiter der Staatsbank, v. Dombrowski und Präsident Schröder usw., geladen werden.

Der Finanzausgleich und die Belastung des Gewerbes.

Berlin, 17. Jan. Im Sitzungssaal des Deutschen Städtetages im Städtetagsgebäude fand heute eine Besprechung bedeutender kommunalpolitischer Fragen, insbesondere des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und des preussischen Stenergewerbesteuer vor Pressevertretern statt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Wulst, erwarf ein Bild von der Finanzlage der deutschen Städte, die im Rechnungsjahre 1926 eine wesentliche Verschlechterung erfahren habe. Trotz erheblicher Bemühungen, die Haushaltspläne für dieses Rechnungsjahr im Gleichgewicht zu halten, sei dies nicht möglich gewesen. Der Grund liege vornehmlich in dem außerordentlichen Anstiegen der den Gemeinden überwiesenen Wohnfahrtslasten. Das Defizit allein der preussischen Städte über 50000 Einwohner erreiche in diesem Jahre rund 120 Millionen Mark. Durch die sogenannte Steuerermilderung des Reiches und der Länder seien die Wohnsteuer, die Umsatzsteuer, Vermögenssteuer, Grunderwerbsteuer, preussische Gewerbesteuer und Grundsteuer geteilt worden, ohne daß hierdurch die Wirtschaft sichbare Erleichterungen erfahren habe.

Namentlich werde es vom Standpunkte der Städte für verfehlt gehalten, die Umsatzsteuer zu senken und dafür die drückende Belastung der Gewerbetreibenden in voller Höhe bestehen zu lassen.

Der vorläufige Finanzausgleich, der im Laufe dieses Monats im Reichstage zur Annahme kommt, bringe den Gemeinden trotz ihrer verzweifeltsten Finanzlage durch Streichung der Spezialumlageenergarantie und der Grunderwerbsteuer sowie durch Senkung der Grunderwerbsteuermehrsätze äußerst schätzbare Minderungen des Steueraufkommens. Die einzig mögliche Reform der Gewerbesteuer liege in einer schmerzlichen Reform des Reichsfinanzausgleiches zugunsten der Gemeinden.

Vetternwirtschaft

II beinflusst Ihren Betrieb ungünstig. Der St. entl. Arbeitsnachweis vermittelt nach dem Grundhieb besser Eignung und weist Ihnen daher kostenlos die geeignete Kraft zu.
Anruf: 25881 u. 24831

Der Sozialetat im Hauptauschuß.

490000 Mark für das Genfer Arbeitsamt.

Die Verhandlungen im Haushaltsauschuß.

Berlin, 18. Jan. Der Haushaltsauschuß des Reichstags forderte zum Etat des Reichsarbeitsministeriums Kapitel Sozialversicherung, Gesehwärte, wonach die Sitzwentente auf Grund der Invalidenversicherung, analog der Angestelltenversicherung, allen Witwen zusteht und die Bezüge der Invalidenversicherung erhöht werden, wonach ferner das Reich für jeden Wochensfürsorgefall einen Zuschuß von 50 Reichsmark gewähren soll. Weiter wurde verlangt die Vorlegung einer Denkschrift über die finanzielle Lage der Sozialversicherungsträger, und zwar nach folgenden Gesichtspunkten: Gegenwärtiger Stand des Vermögens, Vermögenszuwachs am 1. Januar 1914 und Anlage der Vermögens (Anleihen, Darlehen, Kredite, Hypotheken), welche Vermögenswerte ergeben sich aus der Aufwertung. Auf eine Anfrage nach dem Urlaub für Jugendliche erwiderte Arbeitsminister Dr. Braun, daß diese Frage nicht im Arbeitsauschuß geregelt werde, sondern in dem Geseh über die Berufsausbildung der Jugendlichen.

Für den Anteil des Deutschen Reiches an den Unterhaltskosten des Internationalen Arbeitsamtes in Genf werden im Etat 490000 Reichsmark angefordert.

Dazu wurde von Seiten der Regierung erklärt, daß auf Grund besonderer Vereinbarungen Deutschland in den letzten Jahren einen Beitrag zur Unterhaltung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf in Höhe des Beitrags von Kanada gezahlt hat, d. h. im letzten Jahre rund 216000 Reichsmark. Diese Regelung, die fernerzeit unter dem Druck der Finanzlage und der Inflation getroffen wurde, könne im Hinblick auf die zukünftige Stellung Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt nicht aufrechterhalten werden. Die Ansprüche Deutschlands auf vermehrte Einstellung deutscher Beamten und stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache könnten nur durchgesetzt werden, wenn Deutschland den seiner Bedeutung entsprechenden vollen Jahresbeitrag zähle. Dieser betraue sich auf 490000 Reichsmark, denselben Betrag, den Frankreich gegenwärtig zähle. Ein kommissarischer Antrag auf Streichung der Position wurde abgelehnt. — Angenommen wurde eine Entschleunigung des Aba. Cremer (D. Sp.), worin die Reichsregierung erwidert wird, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß eine der Bedeutung Deutschlands entsprechende personelle Verstärkung im Internationalen Arbeitsamt, insbesondere durch Einsetzung eines deutschen stellvertretenden Direktors, und die gleichberechtigte Berücksichtigung der deutschen Sprache im Internationalen Arbeitsamt baldmöglichst herbeigeführt wird.

Für die Ausrüstung eines Arbeitsgesehwärtes werden für das Jahr 1927 10000 Reichsmark angefordert. Ein Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die Vorarbeiten für die Zusammenfassung sämtlicher arbeitsrechtlicher Gesehe

zum Arbeitsgesehwärz fortzuführen werden sollen. Zur Erörterung einzelner wichtiger Gesehwärze, die Bestandteile des Arbeitsgesehwärzes werden sollen, müsse der bestehende enaere Auschuß durch besondere Sachverständige erweitert werden. Der Gesehwärz wurde genehmigt.

Nur unterhalb der Erwerbslosenfürsorge werden im Etat 200 Millionen Reichsmark angefordert. Bei der Bemessung dieser Mittel ist, wie die Regierung mitteilte, damit gerechnet worden, daß die Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1927 ab in Kraft tritt. Aufolgedessen sind 50 Millionen Reichsmark als Grundhieb für die Versicherung vorgesehen. Ein weiterer Betrag von 150 Millionen Reichsmark ist der geschätzte Bedarf für die erste Uebergangszeit, in der die Mittel aus der Arbeitslosenversicherung den Bedarf voraussichtlich noch nicht voll decken werden. Beiträge, die nach diesem Geseh über die Veranschlagung hinaus erforderlich werden sollten, werden im Darlehenswege angefordert werden. Ferner sollen 100 Millionen Reichsmark zur Finanzierung der Krifenunterstützung auf Grund des Gesehes über die Arbeitslosenversicherung dienen.

Die Reichskanzlei baut an.

Ein Preisanschreiben zur Gewinnung geeigneter Entwürfe.

Berlin, 18. Jan. Wie bereits bekannt, wird im diesjährigen Reichshaushaltplan eine erste Bauplätze von 200000 Mark zur Errichtung eines Erweiterungsbauwerks für die Reichskanzlei auf dem freien Grundstück Wilhelmstraße 78 angefordert. Der Reichsrat hat dieser Anforderung der Reichsregierung bereits zugestimmt. Die Beratungen des Haushaltsauschusses des Reichstages über diesen Etatposten sind für die nächste Zeit zu erwarten. Um nach erfolgter Zustimmung des Reichstages ungehindert mit der Ausführung beginnen zu können, hat im Auftrage des Reichsministers der Staatssekretär in der Reichskanzlei mit den erforderlichen Vorarbeiten vor einiger Zeit bereits begonnen. Um zu einer der historischen Verlässlichkeit und der Bedeutung des Bauvorhabens entsprechend einwandfreien Lösung zu kommen, ist an die Veranschlagung eines Preisanschreibens, zu dem eine Reihe prominenter deutscher Architekten hinzugezogen werden soll, und die Einlegung eines entsprechenden Preisrichtersollens gedacht. Ein baldiger Beginn des Neubaus erscheint dringend geboten, da der stark angewachsene Dienstbetrieb der Reichskanzlei durch den Mangel an im alten Dienstabäude trotz in weitem Umfange erfolgter Heranziehung bisheriger Repräsentationsräume zu dienstlichen Zwecken bekanntlich sehr behindert ist. (B. T. A.)

Reimar, 18. Jan. Die Demokratische Partei und die Sparrgruppe Reichspartei für Volkswirtschaft und Aufwertung haben sich für die kommenden Landtagswahlen in Thüringen zu einer Vätervereinigung zusammengeschlossen.